

Summary:

Vorsprung durch Reformen

Vortrag Dr. Gerhard Schwarz

Nach einem Tiefpunkt der schweizerischen Wirtschaftsentwicklung in den 90er Jahren, zu der eine restriktive Geldpolitik sowie gewaltige Abschreibungen im Bankensektor aufgrund der Immobilienkrise beigetragen haben, führten einige wichtige Reformen in den 2000er Jahren zu einer klaren Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Das Land arbeitete sich im Global Competitiveness Ranking des World Economic Forums von Platz 15 auf Platz 1 vor. Die Öffnung und Liberalisierung des Arbeitsmarktes im Zuge der Personenfreizügigkeit mit der EU, die viele hochqualifizierte Arbeitskräfte in die Schweiz zog, hat ebenso dazu beigetragen wie Steuer- und Finanzreformen auf Bundesebene. Mit der Einführung der Schuldenbremse gelang es, die Staatsschulden zu stabilisieren, ja sogar zu senken.

Obwohl die Schweiz derzeit auf einer Erfolgswelle reitet, steht das Land vor grossen Herausforderungen. An erster Stelle ist die Alterung der Gesellschaft zu erwähnen. Sie wird zu einem überproportionalen Anstieg der Kosten bei den Sozialwerken sowie im Gesundheitswesen führen. Nach Berechnungen von Avenir Suisse droht alleine bei der AHV bereits 2030 ein jährlicher Fehlbetrag von 12 Milliarden Franken. Nicht nur als Segen entpuppt sich die starke Zuwanderung. In gut zehn Jahren ist die Schweizer Bevölkerung um 800'000 Personen auf über 8 Millionen gewachsen. Neben den sehr positiven Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung werden zunehmend Engpässe in den Infrastrukturen sichtbar, beispielsweise die Verkehrsüberlastung und überfüllte Züge. Überfremdungsängste und eine sich ausweitende Zersiedelung verschlechtern die Kosten-Nutzen-Bilanz der Einwanderung weiter. Einem gewaltigen Anpassungsdruck ist die Wirtschaft wegen des harten Frankens ausgesetzt. Seit 2007 stiegen die in Euro gerechneten Lohnstückkosten um beinahe 50 Prozent, was die Wettbewerbsfähigkeit massiv reduziert. Die Unternehmen investieren in der Schweiz nur noch zurückhaltend, ja ihr könnte gar eine eigentliche Desindustrialisierung drohen.

Das alles bedarf weiterer mutiger Reformschritte. Bei der AHV schlägt Avenir Suisse eine längere Lebensarbeitszeit entsprechend der steigenden Lebenserwartung vor. Dank der daraus resultierenden fixen Bezugsdauer der Renten lässt sich die Verschlechterung des Verhältnisses der Anzahl Rentner zur Grösse der aktiven Generation zumindest verlangsamen. Bei der 2.Säule, wo vor allem die dringende Sanierung der Vorsorgewerke öffentlich-rechtlicher Körperschaften ansteht, wird für eine generationengerechte Finanzierung der Beamtenkassen plädiert. Wichtig ist zudem die Entpolitisierung des Umwandlungssatzes, dessen Festlegung individuell durch die Kassen erfolgen sollte. Ein grosser Reformbrocken stellt der öffentliche Verkehr dar, bei dem die zurückgelegten Bahnkilometer alleine zwischen 2005 und 2010 um ein Viertel gestiegen sind. Der eigentliche Missstand hier: Die Benutzer zahlen nur 38 Prozent der Kosten. Die Reform soll die Kostenwahrheit erhöhen, indem möglichst uneingeschränkt das Verursacherprinzip angewendet wird. Für die gesamte Mobilität soll gelten: Wer sie konsumiert, trägt die Kosten. Bei der Bahn müssen flexiblere, stärker

kostendeckende Tarife zur Anwendung kommen; auf der Strasse müssen die Überlegungen in Richtung Mautsysteme oder gar Mobility Pricing gehen.

Bei der Energie braucht es die Einsicht, dass die Schweiz auch beim Strom überhaupt keine Insel ist. 2011 war sie bereits während sieben Monaten Nettoimporteur von Strom. Das Land profitiert wirtschaftlich und versorgungstechnisch vom internationalen Stromhandel. Im Inland sollte der Preiswirrwarr überwunden werden. In manchen Kantonen zahlen die Konsumenten bezogen auf die aktuellen Marktpreise deutlich zu viel, weil die Anbieter ihre Marktmacht ausnützen, in anderen ebenso deutlich zu wenig, was im Grunde ungerechtfertigten Subventionen entspricht. Auch die Steuerung des Strommixes sollte möglichst konsequent dem Markt überlassen statt staatlich administriert werden.

Einen klaren Reformbedarf sieht Avenir Suisse auch bei der direkten Demokratie. Das Initiativ- und Referendumsrecht wird aufgrund der tiefen Hürden bei den Unterschriftszahlen übernutzt. Die stimmberechtigte Bevölkerung ist stark gewachsen und kann zudem dank der modernen Kommunikationsmittel wie dem Internet rasch mobilisiert werden. Gut organisierte Interessengruppen können so gut wie jedes Referendum erzwingen. Als Massnahme wird die Verdoppelung der Unterschriftenzahl empfohlen: 200'000 bei der Initiative und 100'000 beim Referendum.

Auch die – oft gelobte – Steuerpolitik der Schweiz ist durchaus verbesserungswürdig. Im internationalen Vergleich ist der Anteil der Unternehmensgewinnsteuer höher als gemeinhin angenommen. Der internationale Steuerwettbewerb, wie er sich jetzt abzeichnet, wird die Sätze zwar klar nach unten drücken. Gleichwohl ist, unbesehen davon, angesichts der zunehmenden Mobilität von Kapital ein grundsätzlicher Systemwechsel angezeigt: Unternehmensgewinne sollten nur einmal besteuert werden, langfristig wäre – gemäss ökonomischer Theorie – gar die komplette Steuerbefreiung von Kapitaleinkommen wünschenswert.

Alle diese Vorschläge verfolgen *ein* Ziel: Die Schweiz auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu halten und damit den Wohlstand zu sichern. Eine wichtige Basis für den Erfolg des Landes ist ein breiter Mittelstand, denn er trägt einen grossen Teil der Gesellschaft. Alle Reformvorschläge kommen direkt und indirekt auch ihm zugute. Ein gesunder Mittelstand ist der entscheidende Stabilitätsfaktor. Dazu wird Avenir Suisse in Kürze eine Studie veröffentlichen: «Der strapazierte Mittelstand – Zwischen Ambitionen, Anspruch und Ernüchterung»